

Überreguliertes Deutschland – „Es ist unmöglich, alles bis ins Detail vorzuschreiben“

Welt, 18.10.2023, Inga Michler

https://www.welt.de/wirtschaft/plus248044184/Deutschlands-Buerokratie-Unmoeglich-alles-bis-ins-Detail-vorzuschreiben-sagt-Experte-Goebel.html?sc_src=email_5006143&sc_lid=507496939&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_id=2908&sc_cid=5006143&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

„Deutschland zieht alle Optionen, um die Dinge noch komplizierter zu machen“, sagt Lutz Goebel, Leiter des Nationalen Normenkontrollrats

Immer mehr Bürokratie erdrückt Deutschlands Unternehmen, auch aus den Bundesländern kommen erste Hilferufe. Die Politik müsse endlich umdenken, fordert Regierungsberater Lutz Goebel. Für ein handlungsfähiges Deutschland brauche es eine „Neuordnung des Föderalismus“.

Deutschland hat ein Bürokratie-Problem. Unternehmen ächzen unter immer neuen Gesetzen und Vorschriften. Ämter können sie nicht mehr umsetzen. Lutz Goebel ist angetreten, um Abhilfe zu schaffen. Er leitet den Nationalen Normenkontrollrat, der die Bundesregierung beim Abbau der Bürokratie berät.

Das Gespräch führt Lutz Goebel im Auto, auf dem Weg nach Brüssel. Dort will er herausfinden, wie sich die Bürokratie vonseiten der EU eindämmen ließe. „Es kann doch nicht sein, dass es ein Erfolg für einen EU-Kommissar ist, so viele Gesetze wie möglich zu machen“, sagt Goebel.

WELT: Unternehmen klagen über erdrückende Bürokratie. Seit 2021 zählt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) rund 1200 neue Normen allein im Umwelt- und Arbeitsschutzrecht. Machen Sie Ihre Arbeit nicht?

Lutz Goebel: Wir tun alles, was als unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung möglich ist. Wir halten der Politik einen Spiegel vor, zeigen die Folgekosten von Gesetzentwürfen auf, geben ihnen also eine Art Preisschild. Wenn aber ein Gesetz trotz kritischer Stellungnahme politisch gewollt ist, können wir es nicht verhindern.

WELT: „One in one out“, heißt die Regel, die sich die Bundesregierung 2015 selbst gesetzt hat. Für jede neue Regel muss eine andere gestrichen werden. Warum funktioniert das nicht?

Goebel: Die Vorgabe gilt nicht für Verordnungen, die aus der EU kommen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich das ändert. Brüssel regelt viele Dinge, um gleiche Wettbewerbsbedingungen in den 27 EU-Ländern zu schaffen. Das ist im Prinzip eine gute Idee. Problematisch ist aber, dass Deutschland die Regeln häufig durch eigene Normen ergänzt und verschärft. Wir ziehen, wie bei der Datenschutzgrundverordnung, alle Optionen, um die Dinge noch komplizierter zu machen. Deutschland betreibt in Sachen Bürokratie eine Art „Goldplating“. Damit muss Schluss sein. Wenn es ein EU-Gesetz gibt, sollten wir die nationale Regelung einsparen.

WELT: „Wir können nicht mehr“, schrieben zuletzt Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg in einem Brandbrief an ihre Regierung. Das klingt nach einem dysfunktionalen Staat. Haben wir mit Normen und Auflagen unser Land Schach-Matt gesetzt?

Goebel: Das ist ein gewaltiger Weckruf an die Bundesregierung. Wir haben uns in eine Lage manövriert, in der die Kommunen die Gesetze, die vom Bund kommen, nicht mehr umsetzen können. Dazu fehlen ihnen Geld und Mitarbeiter. Unser Ideal von Einzelfallgerechtigkeit ist in der Praxis nicht mehr abbildbar. Wir sehen es bei den derzeitigen Regelungen für Investitionsprämien oder Preisbremsen: Die Politik stellt zu viele und zu komplizierte Bedingungen auf. Das kann in der Praxis niemand mehr kontrollieren. Wir müssen die Gesetze einfacher machen!

WELT: Wir müssen uns also verabschieden von der urdeutschen Idee, alles perfekt regeln zu können?

Goebel: Genau. Und dafür braucht es ein Umdenken der Politik. Wir müssen in Deutschland lernen, einfache und praxistaugliche Gesetze zu machen. Sonst funktioniert unser Staat nicht mehr. Darüber hinaus brauchen wir ein gewisses Vertrauen in die Menschen und in die Wirtschaft. Nehmen Sie das Beispiel Grundrente. Im Gesetz war ein aufwendiges Verfahren zur Ermittlung der Kapitalerträge vorgesehen. Wir haben die Bundesregierung darauf hingewiesen, dass der Kontrollaufwand für die Behörden achtmal so hoch ist wie das Missbrauchspotenzial – und die entsprechende Regelung wurde gestrichen.

WELT: Zu komplizierten Bundesgesetzen kommen – etwa im Baurecht – unterschiedliche Regelungen der Länder hinzu. Sind föderale Strukturen Gift für den Bürokratieabbau?

Goebel: Sie machen es uns zumindest nicht leichter. Wir sollten dringend die unterschiedlichen Landesbauordnungen harmonisieren. Einheitliche Standards würden helfen, Bauen günstiger zu machen. Wir haben auch insgesamt viel zu hohe Auflagen am Bau – von staatlichen Vorschriften wie beim Brand- und Arbeitsschutz bis hin zu privaten DIN-Normen. Wir sollten uns grundsätzlich fragen, was wir davon wirklich brauchen.

WELT: Sieht es beim Datenschutz ähnlich aus?

Goebel: Wir haben 16 Landesdatenschutzbeauftragte und einen Bundesdatenschutzbeauftragten, und sie sprechen nicht mit einer Stimme. In einer Novelle zum Bundesdatenschutzgesetz will man sich nun gewisse Regeln geben, aber da ist zu wenig Verbindlichkeit drin. Das können wir uns nicht mehr erlauben.

WELT: Bis 2022 sollten hunderte Verwaltungsvorgänge online abgeschlossen werden können. Warum kommen wir auch bei der Digitalisierung des Staates nicht voran?

Goebel: Da nimmt der Bund seine Möglichkeiten nicht ausreichend wahr, Standards und Schnittstellen vorzugeben. Kleine und große Bundesländer digitalisieren vor sich hin mit unterschiedlichen Budgets und unterschiedlichen IT-Systemen. Und das Onlinezugangsgesetz kommt nicht sichtbar voran. Wir können kein Reporting einsehen, noch nicht einmal eine Zielsetzung, was genau bis wann erreicht werden soll.

WELT: Das macht alles wenig Hoffnung auf Besserung. Haben Sie eine Idee für einen Befreiungsschlag?

Goebel: Wir regen eine Reformagenda an mit Veränderungen der Zuständigkeiten im Grundgesetz. Unser Föderalismus braucht eine Neuordnung, damit der Staat wieder handlungsfähig wird.

WELT: Jede Zusammenführung von Aufgaben, ob beim Bund oder den jeweiligen Ländern, bedeutet aber auch Machtverlust für die bisher Verantwortlichen. Wie lässt sich das durchsetzen?

Goebel: Auch die Politiker merken, dass es nicht mehr anders geht. Sie hören in ihren Wahlkreisen, dass die eigenen Gesetze vor Ort einen enormen Umsetzungsaufwand verursachen. Da steigt der Druck. Im Kanzleramt zum Beispiel spüre ich immer mehr Offenheit für unsere Vorschläge. Die sehen uns als wertvollen Berater. Schließlich soll unser Land auch künftig noch funktionieren. Da müssen wir Dinge einfach mal anders denken.

Manchmal ist es ganz einfach: Nehmen wir das Lieferkettengesetz. Da muss jedes Unternehmen seine Lieferanten erfassen und bewerten. Warum drehen wir das nicht um, die Lieferanten lassen sich zertifizieren und die Zertifizierung gilt dann für sämtliche Geschäftspartner? Wir könnten auch von anderen Ländern viel lernen.

WELT: Welche Länder taugen als Vorbilder?

Goebel: Nehmen Sie Dänemark oder die baltischen Staaten, die sind ganz hervorragend organisiert. Neulich sprach ich mit dem für die Digitalisierung zuständigen Staatssekretär von Österreich. Dort haben die Bürgerinnen und Bürger online Zugriff auf eine mit allen verfügbaren Daten vorausgefüllte Einkommensteuererklärung, die sie dann nur noch elektronisch gegenzeichnen müssen. Da können wir uns einiges abgucken.

WELT: Wo sehen Sie die nächsten Bürokratie-Monster auf uns zukommen?

Goebel: Bei der Klimatransformation müssen wir auf jeden Fall ein Auge darauf haben, mit möglichst einfachen Marktmechanismen wie der CO₂-Bepreisung zu arbeiten. Es ist unmöglich, Unternehmen und Menschen alles bis ins Detail vorzuschreiben und dann von staatlicher Stelle kontrollieren zu wollen. Oder nehmen Sie den geplanten AI-Act der EU. Natürlich ist es sinnvoll, künstliche Intelligenz zu regulieren. Aber wir dürfen die Risiken nicht überbetonen und Geschäftsmodelle dadurch unmöglich machen.